

Bila, Helene von



*geb. 19. April 1904 in Halle, gest. 11. Februar 1985 in Gießen,
Ministerialbeamtin, Dr. iur.*

Helene von Bila wurde am 19. April 1904 in Halle in eine alte adlige anhaltinische Familie geboren. Der Vater Ernst von Bila war königlich preußischer Major und verheiratet mit Helene von Bila, geb. Lohmann.

Von Bila besuchte für zwei Jahre das Kaiserin-Augusta-Stift in Potsdam sowie ein Mädchenlyzeum in Bernburg, das sie 1920 mit der Mittleren Reife verließ. Ihr Vater war am Ende des Krieges gefallen, die Familie lebte von der Verpachtung des väterlichen Gutes, während von Bila das mütterliche Gut selbst bewirtschaften wollte. Sie machte eine zweijährige landwirtschaftliche Ausbildung auf einem Bauernhof in Mecklenburg. Im Anschluss baute sie eine Hühnerzucht und Gärtnerei auf dem Gut auf. Nicht vollständig erfüllt von dieser Aufgabe, bereitete sie sich auf einem Realgymnasium in Bernburg auf das Abitur vor, das sie 1926 als Externe bestand.

Mit den Gewinnen aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen konnte sie sich nun für ein juristisches Studium an den Universitäten in Leipzig, Berlin, Paris und Marburg einschreiben. Ganz reichte das Geld aus dem Unternehmen jedoch nicht, von Bila arbeitete nebenbei als Hilfskraft (Büroarbeit, Bibliotheksdienst und Übersetzungen) am Lehrstuhl von Eduard Kohlrausch und in der Sozialen Arbeit. 1932 wurde sie in Leipzig mit der Arbeit „Die gänzliche oder teilweise Nichtnutzung von Betriebsanlagen im Sinne der Stilllegungsverordnung“ promoviert. Ihr Ziel war es, wie sie schrieb, „mich auf dem Gebiet des Arbeits- und Socialrechts in Verbindung mit internationalen Fragen zu betätigen“ (Hammerstein 2019).

Eine internationale Karriere war im Nationalsozialismus nicht möglich. Auch eine Tätigkeit für den Staat generell war aussichtslos, weil sie der Sozialdemokratie nahestand. Von Bila nahm deshalb eine Stelle in der Deutschen Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung und im deutschen Benzol-Verband in Berlin an. Später wechselte sie in die Rechtsabteilung des Deutschen Stickstoff-Syndikats.

Nach 1945 arbeitete von Bila in der Stadtverwaltung in Bernburg, um dort beim Wiederaufbau zu helfen, und kam dabei in Kontakt mit den alliierten Besatzern. Da sie politisch unbelastet war, begann sie bei den Amerikanern in Marburg als Rechtsberaterin. Doch im Herbst 1945 holte man sie in das neue Justizministerium Hessens. 1946 trat sie in die SPD ein. 1949 wechselte sie als Regierungsdirektorin ins hessische Personalamt, um dort ein Frauen-Referat aufzubauen.

Von Bila kandidierte bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 vergeblich für die Sozialdemokraten auf der hessischen Landesliste. Wahrscheinlich hatte man ihr

einen im Vergleich zu den Männern niedrigen Listenplatz gegeben, wie das bereits aus der SPD in den Weimarer Jahren bekannt war.

1950 war von Bila auf Einladung der Militärregierung als Teilnehmerin einer deutschen Jurist*innengruppe mehrere Monate in den USA. Sie beschäftigte sich dort mit Fragen des internationalen und amerikanischen Rechtssystems sowie dem Einfluss amerikanischer Frauen auf die Politik. Entsprechend war sie für die Gleichberechtigung der Frauen danach auch in Deutschland tätig. Von Bila unterstützte das Wiesbadener Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit und wurde gemeinsam mit Olga Radtke die erste weibliche ehrenamtliche Stadträtin in Wiesbaden. 1952 wechselte sie als persönliche Referentin von Ministerpräsident Georg-August Zinn in die hessische Staatskanzlei. Noch im gleichen Jahr wurde sie zur Leiterin der Hochschulabteilung des Ministeriums für Erziehung und Bildung befördert. Ein Jahr später wurde sie zur Ministerialrätin und Leiterin der Abteilung für Wissenschaft und Forschung berufen und wurde in dieser Funktion für viele Jahre zu einer entscheidenden Figur in der hessischen Universitätslandschaft, eine Konstante zwischen den wechselnden hessischen Regierungen. Sie gestaltete in den 1950er und 1960er Jahren wichtige rechtliche Grundlagen für die hessischen Universitäten und arbeitete vor allem an der Wiedereröffnung der Universität Gießen, diese ernannte sie 1982 zur Ehrensensorin. In all diesen Jahren übte sie entscheidenden Einfluss auf die Besetzung der hessischen Professuren aus, so zum Beispiel auf die von Horkheimer und Adorno. 1977 erhielt sie die Philipps-Plakette der Universität Marburg, 1981 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1982 die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen. Sie wurde 1969 im Rang einer Ministerialdirigentin pensioniert.

Werke (Auswahl): Die gänzliche oder teilweise Nichtnutzung von Betriebsanlagen im Sinne der Stilllegungsverordnung, Borna 1933 (zugleich Diss. Leipzig 1932); Was muss die Frau von den Vereinten Nationen wissen, Wiesbaden 1952; Gerontologie. Bestandsaufnahme zur Situation der Altersforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1974.

Literatur (Auswahl): Albrecht, Clemens et al.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main u. a. 1999; Hammerstein, Notker: H. v. Bila. Wissenschaftspolitikerin der Nachkriegszeit, in: Carl, Horst et al. (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure, Schauplätze, Erinnerungskultur, Frankfurt am Main 2007, S. 142–145; ders.: Bila, Helene von (1904–1985), in: Labouvie, Eva (Hg.): Frauen in Sachsen-Anhalt 2. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon vom 19. Jahrhundert bis 1945, Köln 2019, S. 83–85; Renkoff, Otto: Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, Wiesbaden 1992, S. 58; Bila, Helen von, in: Hessische Biografie, online: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/104818026> (letzter Zugriff: 29.08.2023).

Quellen: Personalakte im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, HHStAW 650 B Nr. 9759.